

Das MoMiG – Änderungen durch den Bundestag.

Das Plenum des Deutschen Bundestags hat am 26.06.2008 in 2. und 3. Lesung die Empfehlungen des Rechtsausschusses des Bundestags (BT-Dr 16/9737) zur Änderung des Kabinettsentwurfs vom 23.05.2007 (BT-Dr 16/6140) zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) angenommen. Passiert das MoMiG den Bundesrat, der sich erst nach der Sommerpause, im September, damit befasst, könnte die GmbH-Reform im Oktober/November diesen Jahres in Kraft treten. Im Folgenden sollen die wichtigsten Änderungen, die durch den Bundestag beschlossen wurden, kurz dargestellt werden.

Mindestkapital der GmbH bleibt bei 25.000 Euro. Entgegen dem Kabinettsentwurf, der eine Absenkung des Mindestkapitals der GmbH auf 10.000 Euro vorgesehen hat, hat sich der Bundestag für eine Beibehaltung des Mindestkapitals in Höhe von 25.000 Euro, § 5 I GmbHG, entschieden. Für die ursprünglich geplante Absenkung des Mindestkapitals besteht mit der Einführung der Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) nach Ansicht des Bundestags kein Bedarf mehr. Bei der neuen Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) handelt es sich nicht um eine neue Rechtsform, sondern um einen erleichterten Einstieg in die GmbH. Der oder die Gründer können das Stammkapital der Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) flexibel festlegen. Abgesehen von den besonderen Vorschriften für die Gründung und Führung der Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) in § 5 a GmbHG-E gelten alle sonstigen Vorschriften des GmbHG, HGB etc., die auch für die GmbH Anwendung finden.

Vereinfachtes Gründungsverfahren statt Mustersatzung. Die Gesellschafter haben die Wahl, ob für die GmbH eine individuelle, notariell zu beurkundende Satzung erstellt oder das neue vereinfachte Verfahren nach § 2 I a GmbHG-E genutzt wird. Das vereinfachte Verfahren steht jedoch nur für Gründungen mit maximal drei Gesellschaftern, einem Geschäftsführer, der vom Verbot des Inselfachäfts nach § 181 BGB befreit ist, und reiner Bargründung zur Verfügung. Das in der Anlage 1 zum GmbHG-E als Lückentext enthaltene notarielle Musterprotokoll erfordert folgende Angaben: Datum, Urkundenrolle/Nummer, Notar, Amtssitz des Notars, Gesellschafter, Firma, Sitz, Unternehmensgegenstand, Stammkapital, bei mehreren Gesellschaftern Verteilung der Gesellschaftsanteile auf die Gesellschafter, Name, Geburtsdatum und Wohnort des Geschäftsführers und besondere Hinweise des Notars. Zudem wird in dem Protokoll festgelegt, dass die Gesellschaft die Gründungskosten bis zu einem Betrag von 300 Euro trägt, darüber hinausgehende Kosten die Gesellschafter tragen. Handelt es sich bei der Gesellschaft um eine Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt), so ist das für diese Einstiegsmöglichkeit in die Gesellschaft mit beschränkter Haftung frei zu wählende Stammkapital (Bareinlage) sofort in voller Höhe zu erbringen. Das notarielle Gründungsprotokoll gilt zugleich als Gesellschafterliste. Von dem notariellen Gründungsprotokoll, für welches die Mindestwerte nach § 41 d Kostenordnung-E nicht gelten, wird eine Ausfertigung den Gesellschaftern, beglaubigte Ablichtungen der Gesellschaft und dem Registergericht in elektronischer Form und dem Finanzamt (Körperschaftsteuerstelle) eine einfache Abschrift übermittelt. Ergänzungen oder Änderungen am Wortlaut des Musterprotokolls sind grundsätzlich nicht zulässig. In diesem Fall handelt es sich nicht um das notarielle Gründungsverfahren nach § 2 I a GmbHG-E.

Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt). Diese «neue Einstiegsmöglichkeit» in die Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit besonderen Regelungen zur Gründung und zum «Kapitalaufbau», vgl. § 5 a GmbHG-E, wurde seitens des Bundestags nur gering modifiziert. Die in § 5 a III GmbHG-E definierte gesetzliche Rücklage darf nicht nur für eine Erhöhung des Stammkapitals nach § 57 c GmbHG, sondern auch zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrags, soweit er nicht durch einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr gedeckt ist, oder zum Ausgleich eines Verlustvortrags aus dem Vorjahr, soweit er nicht durch einen Jahresüberschuss gedeckt ist, verwendet werden. Klargestellt wurde in § 5 a I GmbHG-E auch, dass es sich bei dem zu führenden Zusatz «Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)» nicht um einen Rechtsformzusatz, sondern um eine Bezeichnung für die Sonderform der GmbH handelt.

Einlagepflicht und „Hin- und Herzahlen“. Neu formuliert und nun in § 19 V statt im Kabinettsentwurf in § 8 II 2 ff. GmbHG-E findet sich die Rechtsfolge bei Vereinbarung einer

Leistung an den Gesellschafter vor der Gesellschaftereinlage, die nicht als verdeckte Sacheinlage einzuordnen ist. Der Gesellschafter wird von seiner Einlageverpflichtung nur dann befreit, wenn die Leistung durch einen vollwertigen Rückgewähranspruch gedeckt ist, der jederzeit fällig ist oder durch fristlose Kündigung durch die Gesellschaft fällig werden kann. Die Anmeldung nach § 8 GmbHG hat insofern auch über eine solche Leistung oder die Vereinbarung einer solchen Leistung Informationen zu enthalten.

Einlagepflicht und verdeckte Sacheinlage. Es bleibt entgegen des Kabinettsvorschlags bei der fortbestehenden Einlageverpflichtung des Gesellschafters. Allerdings sind die Verträge über die Sacheinlage und die Rechtshandlungen zu ihrer Ausführung nicht unwirksam, vgl. § 19 IV 2 GmbHG-E. Der Wert des Vermögensgegenstands (verdeckte Sacheinlage) im Zeitpunkt der Anmeldung der Gesellschaft zur Eintragung oder, soweit die Überlassung später erfolgt, wird jedoch auf die fortbestehende Geldeinlagepflicht angerechnet. Eine Anrechnung kann jedoch nicht vor Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister erfolgen, § 19 IV 4 GmbHG-E. Die Beweislast für die Werthaltigkeit trägt der Gesellschafter.

Erweiterung der Ausschlussgründe für Geschäftsführer und Haftung der Gesellschafter. In § 6 II 2 Ziff. 3 e) GmbHG-E finden sich nach Verabschiedung durch den Bundestag die Strafnormen § 263 bis § 264 a, § 265 b bis § 266 a StGB, wie vom Bundesrat 2007 angeregt (vgl. BR-Dr 354/07), wieder. Bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verstoß gegen die Ausschlussgründe nach § 6 II GmbHG-E haften die Gesellschafter der Gesellschaft gegenüber solidarisch. Schadenersatz ist für den Schaden, der durch Obliegenheitsverletzungen des Geschäftsführers, der nach § 6 II GmbHG-E von der Geschäftsführung ausgeschlossen ist, entsteht, zu leisten. Eine Übergangsvorschrift findet sich in § 3 II EGGmbHG-E.

Genehmigtes Kapital. Das aus dem Aktienrecht bekannte genehmigte Kapital wird nun in einem neuen § 55 a GmbHG-E aufgenommen. Im Gesellschaftsvertrag kann künftig der Geschäftsführer nach Eintragung der Gesellschaft ermächtigt werden, das Stammkapital durch Ausgabe neuer Geschäftsanteile gegen Einlagen zu erhöhen. Die auf fünf Jahre beschränkte Ermächtigung kann auch durch Änderung des Gesellschaftsvertrags erteilt werden, § 55 a II GmbHG-E. Das genehmigte Kapital ist mit seinem Nennbetrag zu bezeichnen. Es darf die Hälfte des Stammkapitals, das zur Zeit der Ermächtigung vorhanden ist, nicht übersteigen. Sacheinlagen können nur eingebracht werden, wenn die Ermächtigung dies vorsieht, § 55 a III GmbHG-E.

Einschränkung des Aussonderungsrechts des Gesellschafters bei eigenkapitalersetzender Nutzungsüberlassung. In den Fällen, in denen der Gesellschaft (bzw. allgemein dem Schuldner) von einem Gesellschafter ein Gegenstand zum Gebrauch oder zur Ausübung überlassen wurde und der Gegenstand für die Fortführung des Unternehmens von erheblicher Bedeutung ist, wird der Aussonderungsanspruch während des Insolvenzverfahrens, höchstens aber für ein Jahr ab der Eröffnung des Insolvenzverfahrens ausgeschlossen, § 135 III InsO-E. Der Gesellschafter erhält für den Gebrauch oder die Ausübung des Gegenstands einen Ausgleich, vgl. hierzu § 135 III 2 Halbs. 2 InsO-E.

Löschung von Amts wegen. Nach § 142 I 1 FGG-E kann das Registergericht von Amts wegen eine Eintragung löschen, wenn diese wegen eines Mangels einer wesentlichen Voraussetzung unzulässig ist.

Insolvenzordnung. In § 15 I InsO-E wird klargestellt, dass die Antragsberechtigung zum Insolvenzantrag bei Führungslosigkeit einer juristischen Person neben den Gesellschaftern auch jedem Aufsichtsratsmitglied einer Aktiengesellschaft oder Genossenschaft zur Verfügung steht. Die Führungslosigkeit ist glaubhaft zu machen, § 15 II 2 InsO-E.

Nächster Wettbewerber in Sicht: Die Europäische Privatgesellschaft. Mit der seit Jahren diskutierten GmbH-Reform soll die deutsche GmbH nicht nur attraktiver, unter anderem verbunden mit einer Beschleunigung des Gründungsverfahrens, sondern auch wettbewerbsfähiger gegenüber Gesellschaftsrechtsformen mit beschränkter Haftung in den europäischen Mitgliedstaaten werden. In absehbarer Zeit wird die GmbH einen weiteren Wettbewerber erhalten: Die EU-Kommission hat Ende Juni 2008 einen Entwurf für ein Statut für die Europäische Privatgesellschaft vorgelegt. Diese supranationale Gesellschaftsrechtsform soll insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen in Europa, die in verschiedenen Mitgliedstaaten tätig sind, die grenzüberschreitende Tätigkeit erleichtern. Unabhängig davon, in welchem europäischem Mitgliedstaat eine Tochtergesellschaft gegründet werden soll: Die Gründung soll einem europäisch festgelegten einheitlichen Verfahren folgen und den Informations-, Beratungs- und Kostenaufwand bei der Gründung

von Gesellschaften in den Mitgliedstaaten reduzieren. Das Inkrafttreten der europäischen Verordnung ist für 2010 geplant.

Rechtsanwältin Annika Böhm, Referentin für Gesellschafts- und Bilanzrecht, DIHK, Brüssel